



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Prof. Dr. Mathias Rohe,
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht
und Rechtsvergleichung, Universität Erlangen-Nürnberg,
beim Pressegespräch „Dialog zwischen Christen und Muslimen –
Kontinuität und Wandel“
zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz
am 25. Februar 2026 in Würzburg

Wenn wir über Islam in Deutschland sprechen, sprechen wir vor allem über hier lebende Menschen in all ihrer Vielfalt – vielfältige individuelle Prägungen, Lebensumstände, Herkunft und religiöse Zugänge. Viele leben seit Generationen in Deutschland, andere sind noch neu im Land.

Migrationsbedingt sind unterschiedlich intensive Rückbindungen an die Herkunftsstaaten. Solche Rückbindungen sind generell eine schlichte Normalität in Migrationskontexten; sie können dann problematisch werden, soweit sie eine politische Einflussnahme von außen ermöglichen, die sich gegen rechtsstaatliche Grundsätze und den politischen Grundkonsens Deutschlands richtet.

Zu beobachten ist jedoch ein allmählicher, nicht immer konfliktfreier Generationenwandel: Aus religiös orientierten Migrantenorganisationen werden deutsche, zunehmend auch multiethnisch strukturierte Religionsgemeinschaften. Die meisten Akteure verstehen sich als Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Sie agieren zunehmend professionell, allerdings mit beschränkten Ressourcen zumeist auf ehrenamtlicher Basis. Gerade große Organisationen weisen ein hohes Maß an Binnenpluralität auf. Das ist vor allem bedeutsam für mögliche Begegnungen und Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene.

Seit den islamistischen Attentaten von 9/11 ist ein grundlegender Wahrnehmungswandel erkennbar: Aus Ausländern, Türken etc. wurden Muslime. Migrationsbedingte Probleme werden auf einmal religiös gedeutet. Plakativ ist von der Islamisierung der Muslime die Rede. Damit einher geht die

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Dr. Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
x.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz
instagram.com/bischofskonferenz

verbreitete Wahrnehmung von muslimischen Menschen und ihrer Religion als primäres Sicherheitsproblem. Der damit verbundene Generalverdacht führt zur Ausgrenzung muslimischer Menschen im Sinne eines Wir-und-die-Denkens mit pauschalen abwertenden Zuschreibungen. Die AfD hat daraus ein rassistisches („ethno-pluralistisches“) politisches Programm geformt. Seit den Terrorattacken der Hamas am 7. Oktober 2023 hat sich dieses Problem noch verschärft, die Entfremdung vergrößert. So werden muslimische Menschen pauschal mit ausländischen muslimischen Mehrheitsgesellschaften und deren Gegebenheiten verbunden – vergleichbar mit jüdischen Deutschen, die umstandslos mit Israel und seiner Politik in Verbindung gebracht werden.

Real existierender islamisch-religiös begründeter Extremismus ist zweifellos eine Bedrohung für die Gesamtgesellschaft. Die Probleme beginnen auch nicht erst bei Anwendung von Gewalt: auch ein politischer oder sozialer Herrschaftsanspruch auf der Grundlage rechtsstaatswidriger Prämissen ist bedrohlich. Zur Bekämpfung solcher Phänomene bedarf es jedoch aller Gutwilligen, gerade auch in den muslimischen Communities. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht auf die unmittelbar betroffenen Minderheiten alleine abgewälzt werden darf. Religiöse Menschen können in ihren Religionen ein gemeinsames, gesellschaftlich tragendes Wertefundament finden, bei allen Unterschieden im Einzelnen.

Dabei sind angemessene Grenzziehungen erforderlich. Konservativ ist nicht gleich islamistisch. Das entscheidende Abgrenzungskriterium ist der nur mit dem Islamismus verbundene Herrschaftsanspruch. Wer pauschal den konservativeren Teil der muslimischen Bevölkerung ausgrenzt, schadet dem Rechtsstaat und dem gesellschaftlichen Frieden. Selbstverständlich kann sachorientierte konkrete Kritik geübt werden. Dabei sind problematische Organisationen oder Richtungen primär an ihren Inhalten zu messen und nicht danach, wer sich mit wem einmal unterhalten hat. Dafür bedarf es solider fachlicher Kenntnisse, die bei manchen öffentlichkeitswirksam auftretenden „Islamkritikern“ nicht erkennbar sind.

Wenn staatliche Stellen, Kirchen oder andere Organisationen aus Sachgründen auch mit eher traditionell orientierten muslimischen Organisationen Verbindung halten, werden sie dafür in der Öffentlichkeit oft massiv kritisiert. Man kooperiere „mit den Falschen“. Diese Kritik ist grundlegend verfehlt. Für die Verfolgung bestimmter Anliegen muss man im rechtsstaatlichen Rahmen mit denjenigen arbeiten, welche die Mühe der Selbstorganisation auf sich nehmen. Selbstverständlich sind auch „liberale“ Organisationen sehr willkommen. Einzelpersonen haben allerdings in manchen Kontexten schlicht nicht das Mandat, für andere zu sprechen. Zudem wird verkannt, dass eine sachorientierte Kooperation keine inhaltliche Parteinahme für bestimmte Richtungen beinhaltet.

Die entstehende islamische Theologie und Religionspädagogik bergen ein großes Potenzial für das Selbstverständnis muslimischer Menschen und das Zusammenleben im Land. Interreligiöse Elemente sind erfreulicherweise ein grundlegender Bestandteil der Forschung und Lehrpläne.

Die Evaluationen islamischen Religionsunterrichts sind durchweg positiv. So können die nachwachsenden Generationen religiös sprachfähig werden und sich selbst im vom Rechtsstaat gegebenen Rahmen positionieren. Damit wird auch eine entscheidend wichtige Alternative zu extremistischen Aktivitäten vor allem in den sozialen Medien geboten.

Verbreitete Diskriminierungserfahrungen führen zu Entfremdung und begünstigen Radikalisierung. Gerade im Inland geborene und sozialisierte Menschen fordern berechtigterweise gleiche Teilhabechancen ein, stoßen aber auf verbreitete Diskriminierung z. B. auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Kopftuchtragende Frauen zählen zu den meistdiskriminierten Bevölkerungsgruppen im Land. Die konsequente Durchsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze ist nicht nur für die unmittelbar Betroffenen erforderlich, sondern für die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats insgesamt. Die Situation der muslimischen Bevölkerung ist dafür eine Bewährungsprobe. Ebenso wichtig ist grundlegende und im Alltag spürbare menschliche Empathie für all diejenigen, die als hier anständige Bürgerinnen und Bürger leben, aber unter Diskriminierung und unterschwelliger Ablehnung leiden. Menschliche Begegnung, gerade auf lokaler Ebene, im Alltag ist hierbei von entscheidender Bedeutung. Im Zusammenleben kommt den Kirchen eine wichtige, ja entscheidende Brückenfunktion zu. Der Schlüssel für ein gelingendes Miteinander liegt in faktenorientierter Information, vorurteilsfreiem Aufeinander-Zugehen, Erkennen von Gemeinsamkeiten, offenem und lösungsorientiertem Angehen bestehender Probleme und nicht zuletzt menschlicher Empathie.

Die neue Arbeitshilfe *Christlich-muslimische Beziehungen in Deutschland* ist eine reiche Informationsquelle für die weitere Arbeit. Sie atmet den Geist eines solchen sachorientierten, tragfähige Lösungen bestehender Probleme suchenden und menschlich empathischen Miteinanders.